

AfD hilft der Landwirtschaft

Für unsere Landwirtschaft fordern wir:

- Verdopplung der Agrardieselrückerstattung
- Kfz-Steuerbefreiung beibehalten
- Förderung von Hofnachfolgern und landwirtschaftlichen Existenzgründern
- Keine Freihandelsabkommen zuungunsten der deutschen Landwirtschaft
- Planungs- und Investitionssicherheit sowie wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, um konkurrenzfähig zu bleiben
- Mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit für landwirtschaftliche Betriebe
- Stärkung der Marktstellung landwirtschaftlicher Betriebe
- Stärkung der Direktvermarktung und regionaler Verarbeitungsstrukturen
- Ausreichend Fördermittel für Agrarumweltmaßnahmen

Unser agrarpolitisches Leitbild:



Eine gesunde Landwirtschaft ist ein systemrelevanter Faktor und unverzichtbar für die Unabhängigkeit und Stabilität eines Landes. Daher liegt es im Interesse unserer Politik, bestmögliche Bedingungen für unsere Landwirte herzustellen.

Die AfD steht zu Förderungen und Subventionen in der Landwirtschaft überall dort, wo sie sinnvoll und notwendig sind. Langfristig müssen wir aber dafür sorgen, dass unsere Landwirte wieder von ihren Produkten und Dienstleistungen leben können. Das bedarf eines langen Prozesses mit vielen begleitenden Maßnahmen.

Es braucht einen grundlegenden Richtungswechsel in der Agrarpolitik und in unserem gesellschaftlichen Verständnis zur Landwirtschaft. Unsere Landwirte müssen ohne übertriebene staatliche Einmischung, frei in ihren Entscheidungen und nach guter fachlicher Praxis wirtschaften können. Wir brauchen mehr Eigenverantwortung - sowohl für Landwirte als auch für Verbraucher - sowie mehr freien und fairen Wettbewerb auf Augenhöhe.

Agrarpolitik muss auf nationale und regionale Bedürfnisse eingehen, den Umwelt- und Naturschutz unserer Landwirte belohnen und ihren gesellschaftlichen Wert angemessen würdigen.

Die Landwirtschaft unterliegt den Weltmärkten und wir finden dort sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen, größtenteils zum Nachteil deutscher Landwirte, vor. Daher wird es immer wieder staatlichen Handlungsbedarf geben, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen und die deutsche Landwirtschaft zu erhalten.

Unsere agrarpolitischen Anträge:

- Spürbare Entlastung der heimischen Landwirtschaft durch eine Verdopplung der Agrardieselrückerstattung (Drucksache 20/3699)
- Regionale Verarbeitungskapazitäten fördern - Landwirtschaftliche Direktvermarktung unterstützen (Drucksache 20/4899)
- Heimat braucht Bauern - Bäuerliche Familienbetriebe in Deutschland erhalten (Drucksache 20/5355)
- Bundesweite Hofübernahmeprämie für Junglandwirte einführen (Drucksache 20/7579)
- Heimische Nutztierhaltung erhalten - Betriebe beim Stallumbau unterstützen (Drucksache 20/6418)
- Bauernland ist kein Spekulationsobjekt - Bestehende Regulierungslücken auf dem Bodenmarkt schließen (Drucksache 20/697)
- Keine Freihandelsabkommen zuungunsten der deutschen Landwirtschaft (Drucksache 20/5361)
- Stärkung der Marktstellung landwirtschaftlicher Betriebe (Drucksache 20/535)
- Deutsche Schweinehaltung retten (Drucksache 20/702)

Subventionen in der Agrarpolitik:

Immer wieder wird uns vorgeworfen, wir wären grundsätzlich gegen jede Art von Subventionen. Richtig ist, dass wir das aktuelle Subventionssystem nach Gießkannenprinzip kritisch sehen. Es hat unsere Landwirte über Jahrzehnte systematisch abhängig von staatlichen Zahlungen gemacht. Im Gegenzug schreibt man ihnen bis ins kleinste Detail vor, wie sie ihren Hof bewirtschaften sollen. Das ist ein massiver Eingriff in die unternehmerische Freiheit und den freien Markt. Gleichzeitig haben wir nicht nur weltweit, sondern auch innerhalb Europas massive Wettbewerbsungleichheiten.



Fragt man die Landwirte selbst, würden die meisten sehr gerne auf staatliche Zahlungen und die damit verbundenen Auflagen, Beschränkungen und bürokratischen Hürden verzichten, wenn sie im Gegenzug für ihre Produkte einen ausreichenden Preis erzielen könnten.

Davon losgelöst ist die aktuelle Thematik des Agrardiesels und der Kfz-Steuerbefreiung zu betrachten. Beides sind keine klassischen Subventionen. Es handelt sich hierbei um Befreiungen bzw. Vergünstigungen von Steuern, die eigentlich dem Erhalt der öffentlichen Straßeninfrastruktur dienen sollen. Diese wird von Landmaschinen aber nur marginal genutzt.

Der damit einhergehende Vorwurf, wir würden den Landwirten zwar unsere Unterstützung suggerieren, Subventionen in Wahrheit aber grundsätzlich ablehnen, greift daher in zweifacher Hinsicht ins Leere. Zum einen fällt die aktuelle Thematik nicht unter die klassischen Subventionen. Zum anderen hat unsere Bundestagsfraktion bereits im Jahr 2022 nicht nur die Beibehaltung, sondern sogar eine Verdopplung der Agrardieselrückerstattung gefordert.